



Presseschau vom 17.01.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

Dnrailway.ru Denkmal für die Verteidiger von Debalzewo auf dem Bahnhofsgelände

Ende Februar wird die Kommission die Ergebnisse des Wettbewerbs um das beste skizzenhafte Projekt eines Denkmals *Für ewig im Gedächtnis des Volkes ...*, das den Verteidigern Debalzewos, die mit ihrem aufopferungsvollen Kampf die Stadt am 8. Februar 2015 von den ukrainischen Kräften befreiten, gewidmet sein soll, vorstellen. Einsendungen werden noch bis zum 20. Februar 2019 angenommen.

Die Auswahl der Sieger wird nach der Originalität der Idee, nach der architektonisch-künstlerischen Expressivität des Denkmals, der Verschönerung der Fläche, dem historischen Kontext von Milieu und Thema, der emotionalen Personifizierung des Geistes, des Heldenmutes und des Ruhms der Verteidiger Debalzewos während der Befreiung der Stadt vorgenommen. Die Durchführung des Wettbewerbs war ein gemeinsamer Beschluss der Leitung der staatlichen *Donezker Eisenbahn* und des Ratspräsidiums der Eisenbahnergewerkschaft *PROFDONSHEL*. Das Denkmal soll auf dem Bahnhofsgelände errichtet werden und sich harmonisch in das Ensemble einpassen.

Eingeladen zur Teilnahme am Wettbewerb sind alle Mitarbeiter der Bahn und Gewerkschaftsmitglieder. Es werden sowohl individuelle als auch kollektive Arbeiten angenommen. Die Entwürfe sollen auf Whatmanpapier in schwarz-weiß oder in Farbe in Formaten von DIN A4 bis DIN A1, je nach Entscheidung der Teilnehmer, eingereicht werden.

Die Teilnehmer können auch einen Entwurf und/oder ein Modell des Denkmals, nicht größer als 50 x 50 x 50 cm, einreichen. Der Sieger erhält einen Geschenkgutschein über 50.000 Rubel (etwa 650 Euro).

de.sputniknews.com: **EU stimmt Sanktionen gegen vier „GRU-Agenten“ ab**

Die Botschafter der EU-Länder haben Sanktionen gegen vier „Mitarbeiter des GRU“ abgestimmt. Dies meldet eine nicht genannte Quelle in den Strukturen der Europäischen Union am Mittwoch.

Der Quelle zufolge sind zwei Menschen mit den „Ereignissen in Salisbury“ verbunden. Wie der Informant ferner präzisierte, würden zudem fünf syrische Bürger auf die Sanktionsliste gesetzt. Weitere Einzelheiten werden nicht angeführt.

Den Beschluss soll der Rat für Auswärtige Angelegenheiten der Europäischen Union endgültig billigen. Es wird erwartet, dass dies am Montag passieren wird.

Im Oktober des vorigen Jahres hatte die Europäische Union einen neuen Mechanismus für die Annahme von Sanktionen wegen Verbreitung und Einsatz von chemischen Waffen gebilligt. So wird nun die Organisation die Möglichkeit haben, Einschränkungen „gegen Personen und Organisationen zu verhängen, die an der Entwicklung und Anwendung von chemischen Waffen beteiligt sind, unabhängig vom Ort, wo dies erfolgt, und von ihrer nationalen Zugehörigkeit“.

Führende EU-Politiker erklärten, dass sie eine baldige Zusammenstellung der Liste von Personen und Organisationen erwarten, die unter diese Sanktionen fallen würden.

Vorfall in Salisbury

Im britischen Salisbury waren im März des vorigen Jahres der Ex-Offizier des GRU, Sergej Skripal, und seine Tochter Julia vergiftet worden. Dies provozierte einen großen internationalen Skandal. London behauptete, dass an der Vergiftung der Skripals mit dem Stoff A234 der russische Staat beteiligt gewesen sei. Moskau wies dies eindeutig zurück.

Mil-Inr.info: **Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die ukrainische Seite verbreitet weiter Falschinformationen, um die Einheiten der Volksmiliz der LVR zu diskreditieren.

So hat das Kommando der OOS im Vorfeld des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe, das morgen, am 17. Januar, in Minsk stattfindet, ein weiteres Fake herausgebracht, um die Einheiten der Volksmiliz der LVR der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen.

In den von Kiew kontrollierten Massenmedien wird eine Information über einen Beschuss mit einer Antipanzerlenkrakete von Seiten der Einheiten der Volksmiliz auf einen Lastwagen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Troizkoje verbreitet. Die veröffentlichten Informationen gehen stark auseinander, die Zahl der Opfer und getroffenen Lastwagen ändert sich mehrfach, was den Fakecharakter der Mitteilung bestätigt.

Ich erkläre offiziell, dass die Volksmiliz der LVR das Regime der Feuereinstellung einhält und nicht auf Provokationen des Gegners reagiert.

de.sputniknews.com: **USA steigen am 2. Februar aus INF-Abrüstungsvertrag aus**

Die USA beginnen ihren Ausstieg aus dem wichtigen INF-Vertrag über das Verbot von Kurz- und Mittelstreckenraketen am 2. Februar dieses Jahres auch ohne Zustimmung Russlands. Der Prozess nehme etwa sechs Monate in Anspruch, wie Reuters am Mittwoch meldete.

Der Agentur zufolge gingen die russisch-amerikanischen Konsultationen über etwaige Verstöße gegen den INF-Vertrag am Dienstag in Genf ergebnislos zu Ende. Eben deshalb beschloss Washington einen Ausstieg ohne Erlangung einer Vereinbarung mit Russland.

Washington zeigte sich enttäuscht über die Resultate der Genfer Gespräche und rief Moskau auf, Raketen zu zerstören, die gegen den INF-Vertrag verstoßen. Dem russischen Außenministerium zufolge wird der Vertrag ausgerechnet von den USA untergraben, die wegen ihrer sturen Haltung eine Annäherung der Positionen unmöglich machen. US-Präsident Donald Trump hatte am 20. Oktober einen Ausstieg aus dem INF-Abrüstungsvertrag verkündet. Später warf US-Außenminister Mike Pompeo Russland offiziell Verstöße gegen den Vertrag vor. Zudem stellte er Moskau ein Ultimatum, die Verstöße binnen 60 Tagen zu beheben. Ansonsten würden die USA ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag aussetzen.

Der INF-Vertrag verbietet den Seiten den Besitz von landgestützten ballistischen Raketen bzw. Marschflugkörpern mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 Kilometern. Moskau und Washington werfen einander vor, gegen den Vertrag zu verstoßen. Washington geht davon aus, dass Moskau wahre Möglichkeiten des neuartigen Marschflugkörpers 9M729 für Iskander-Komplexe verheimlicht. Dem Pentagon zufolge hat diese Rakete eine Flugweite von mehr als 500 Kilometern.

Mil-Inr.info: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Von unserer Quelle aus der 72. mechanisierten Brigade wurden uns neue Einzelheiten der Sprengung eines Lastwagens der ukrainischen Streitkräfte bekannt.

So hat heute eine Gruppe von Soldaten der 72. mechanisierten Brigade den Jahrestag der Bildung der Brigade begangen. Nach dem Trinken alkoholischer Getränke fuhren die Soldaten mit einem „Ural“-Fahrzeug in das nächste Geschäft in Troizkoje, um ihren Alkoholvorrat aufzufüllen. Während der Fahrt fuhr der Fahrer angesichts der Unkenntnis der Minenkarten auf eine Mine, in der Folge wurden die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte unterschiedliche schwer verletzt.

Als Ursache des Geschehens erschien das vollständige Fehlen einer Kontrolle von Seiten der Kommandeure über das ihnen unterstellte Personal, das Trinken von Alkohol und die Verletzung der Sicherheitsanforderungen durch die ukrainischen Soldaten.

Um diesen Vorfall zu verheimlichen, beschuldigte der Brigadekommandeur die Einheiten der Volksmiliz der LVR der Sprengung des Fahrzeugs, seine Erklärung übernahmen die vom Stab der OOS kontrollierten Massenmedien blitzartig.

Dabei hat der Brigadekommandeur Tatus, als er die Daten über die Verletzten an den Stab der Besatzungskräfte meldete, Informationen über drei Tote verschwiegen. Wir schließen nicht aus, dass diese Toten schon morgen auf weitere erdachte Beschüsse, angeblich von Seiten unserer Einheiten, „abgeschrieben“ werden.

ukrinform.ua: Klimkin und Lajcak besuchen Kontrollposten „Stanyzja Luhanska“

Der Außenminister der Ukraine Pawlo Klimkin und der neue Vorsitzende der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Außenminister der Slowakei Miroslav Lajcak, haben am Mittwoch den Kontrollposten „Stanyzja Luhanska“ in der Ostukraine besucht.

Mit Miroslav Lajcak werden wir alles für eine effektive Tätigkeit der OSZE-Beobachtermission und für ihre Zugang zur Krim und zur ukrainisch-russischen Grenze tun, teilte Klimkin auf Twitter mit.

„Am zweiten Tag seines Besuchs in die Ukraine habe ich den Kontrollposten „Stanyzja Luhanska“ besucht, ein Ort, wo man versteht, dass alles, was wir, Diplomaten und Politiker tun oder nicht tun, einen direkten Einfluss auf das Leben unschuldiger Menschen hat“, schrieb Lajcak auf Twitter auch.

Die Slowakei übernahm 2019 OSZE-Vorsitz. Lajcak ist gestern zum ersten Mal als OSZE-

Vorsitzender in die Ukraine zum offiziellen Besuch angekommen.

de.sputniknews.com: **Regelmäßiger Meeresverkehr startet von Krim bis Syrien**

Ein erstes privates Frachtschiff nimmt laut dem Vize-Gouverneur von Sewastopol, Wladimir Basarow, bereits im Februar den Verkehr zwischen Tartus und Sewastopol auf. Dies teilte Basarow während eines Treffens mit Mitgliedern des syrischen Parlaments am Mittwoch mit. Zuvor war eine Delegation aus Russland zur Unterzeichnung eines Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen russischen und syrischen Hafenstädten in Syrien eingetroffen. „Bereits in den ersten Februartagen wird ein extra zu diesen Zwecken gekauftes privates Schiff ständig zwischen Sewastopol und Tartus verkehren. Frachten und Waren aus Russland nach Syrien und aus Syrien nach Russland werden hin und her befördert. Wir sind noch nicht soweit mit der Unterzeichnung des Abkommens, aber es beginnt schon, sich in die Tat umzusetzen“, so Basarow.

Er betonte, dass Geschäftskreise auf das Abkommen über Zusammenarbeit reagiert hätten, noch bevor es unterzeichnet worden sei.

Wie der Abgeordnete der Staatsduma von Sewastopol, Dmitri Belik, erklärte, bestehe die Idee der Vereinbarung darin, Sewastopol zum „Verkehrsknotenpunkt“ zu machen.

„Außer des wirtschaftlichen Zusammenwirkens haben die beiden Gouverneure (von Tartus und Sewastopol) auch andere Wege der Kooperation besprochen. Dies ist das Zusammenwirken von Universitäten, die Kooperation im Bereich der Erziehung der Jugend und die Zusammenarbeit bei der theologischen Ausbildung“, ergänzte Basarow.

Er drückte zudem die Zuversicht aus, dass auch andere Regionen der beiden Länder diesem Beispiel folgen und eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit entwickeln würden.

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 16.01.2019

Die ukrainischen bewaffneten Formationen terrorisieren weiter die friedliche Bevölkerung des Donbass. Heute zwischen 21:20 und 21:50 haben die Kämpfer der 57. Panzergrenadierbrigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Mischantschuk Shabitschewo beschossen. Der Gegner feuerte vier Mörsergeschosse des Kalibers 82mm ab. Außerdem wurden Schusswaffen verwendet. Im Ergebnis des zielgerichteten Beschusses geriet ein Haus in Brand. Informationen über Verletzte werden noch ermittelt.

vormittags:

ukrinform.ua: **Zwei IWF-Tranchen in diesem Jahr in Sicht – Smolij**

Die Nationalbank rechnet in diesem Jahr auf zwei Tranchen des Internationalen Währungsfonds in Höhe je \$1,3 Milliarden. Die erste sollte im Mai, die zweite im September 2019 bereitgestellt werden.

Dies teilte der Chef der Nationalbank der Ukraine (NBU) Jakow Smolij bei einem Briefing nach der Präsentation des NBU-Programms vor Kunden und Partnern der Bank mit, meldet ein Ukrinform-Korrespondent.

Wie Ukrinform mitteilte, hat der Internationale Währungsfonds am 18. Dezember 2018 eine neue Kreditvereinbarung für die Ukraine (Stand by Arrangement (SBA) genehmigt. Der Gesamtwert des Programms beträgt \$3,9 Milliarden. Vorgesehen sind drei Tranchen, darunter 2,6 Milliarden USD bis Jahresende 2019. Das Programm ist auf 14 Monate ausgelegt. Im Dezember 2018 erhielt die Ukraine von dem Fonds 1,4 Mrd. US-Dollar.

de.sputniknews.com: **Russland startet Militärübung mit 10.000 Soldaten**

Ein Manöver mit 10.000 Soldaten hat im Osten Russlands begonnen. Ziel ist es, die Kampfführung unter Auswertung der Erfahrungen aus den Kriegen der Gegenwart zu trainieren.

Mehr als 10.000 russischen Soldaten sind am Donnerstag im Osten des Landes zu Schießübungen ins Feld gerückt.

Geschossen werde auf den Übungsplätzen in der Teilrepublik Burjatien, in den Regionen Transbaikalien, Chabarowsk, Primorje sowie in den Gebieten Amur, Sachalin und im Jüdischen Autonomen Gebiet unter Einsatz von Kampffahrzeugen und Handfeuerwaffen, teilte Alexander Gordejew, Pressesprecher des Militärbezirkes Ost, am Donnerstag mit. Nach seinen Angaben tragen die Soldaten bei der Übung die Kampfmontur Ratnik.

Vor der praktischen Übung habe jeder Soldat einen intensiven Lehrgang absolviert, so der Sprecher. Bei den jetzigen Schießübungen, die rund um die Uhr stattfinden, würden sich schnell verändernde Bedingungen eines modernen Gefechts simuliert, das Zusammenwirken von Einheiten bei Angriff und Verteidigung trainiert. Dabei würden insbesondere Erfahrungen aus den Militärkonflikten der Gegenwart ausgewertet.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32362/00/323620018.jpg>

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen fünfmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Solotoje-5, Logwinowo, Wesjologorowka, Losowoje und Shelobok

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Abwehrgeschützen 3U-23-2, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Poroschenko-Kritikerin aus Russland abgeschoben und in Ukraine verhaftet**

Die aus Russland ausgewiesene ukrainische Journalistin Jelena Boiko ist in der Ukraine auf Gerichtsbeschluss in Haft genommen worden.

Wie der Fernsehsender ATN im ukrainischen Charkiw mitteilte, hat der Sicherheitsdienst SBU ein Strafverfahren gegen die Journalistin eingeleitet.

Boiko ist für ihre Kritik an der Politik des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko bekannt. Wie zuvor berichtet wurde, kann die Journalistin wegen Separatismus und Staatsverrat verdächtigt werden.

Die Journalistin soll nun nach Lwiw übergeführt werden, wie das ukrainische Portal Zaxid.net unter Berufung auf den Pressesprecher der SBU-Abteilung von Lwiw, Oleg Aleksandrow, berichtet.

Mitte Dezember 2018 war Boiko in Moskau wegen Verstoß gegen die Aufenthaltsregeln in Russland vor Gericht gekommen. Sie erklärte vor Gericht, sie könne nicht in die Ukraine zurückkehren, weil dort gegen sie ein Strafverfahren laufe. Boiko bekannte ihre Schuld und erläuterte, sie sei für die Teilnahme als Expertin an Fernsehsendungen nach Russland gekommen, habe jedoch kein Patent für ihre Arbeitstätigkeit ausstellen lassen, weil sie nur Einzelaufträge bekommen habe.

Das Preobraschenski-Bezirksgericht in Moskau hatte die Journalistin der Verletzung der Aufenthaltsordnung in Russland für schuldig anerkannt, sie mit einer Geldstrafe von 5.000 Rubel (etwa 65 Euro) belegt und einen Ausweisungsbeschluss gefasst.

Nach den Worten der Anwältin der Journalistin, Galina Perfiljewa, habe Boiko am Grenzkontrollpunkt Nachotejewka, wo sie hingebraht worden war, einen Asylantrag gestellt. Sie erhielt eine abschlägige Antwort und wurde in die Ukraine abgeschoben.

Laut Perfiljewa versucht ihre Mandantin weiter, den Ausweisungsbeschluss zu bestreiten, und hofft auf politisches Asyl in Russland.



[htt](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/elena_boyko_3.jpg)

[p://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/elena_boyko_3.jpg](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/elena_boyko_3.jpg)

ukrinform.ua: **Deutscher Außenminister Maas besucht am Freitag Moskau und Kyjiw**
Der deutsche Bundesaußenminister Heiko Maas reist am Freitag zuerst nach Russland und dann in die Ukraine.

Das teilte die Sprecherin des Auswärtigen Amtes Maria Adebahr am Mittwoch mit. In Kyjiw werde Maas mit dem ukrainischen Außenminister Pawlo Klimkin über die Lage in der Ostukraine und Reformen im Land sprechen. Im Anschluss an das Treffen am Freitagnachmittag werde es eine Pressekonferenz beider Minister geben.

Mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow wolle Maas laut der Sprecherin vor allem über die Zukunft des INF-Abrüstungsvertrags diskutieren. Weitere Themen seien die Vereinbarungen von Minsk, die Lage im Asowschen Meer und in Syrien sowie die russische Mitgliedschaft im Europarat.

de.sputniknews.com: **Weißes Haus: USA setzen auf atomare Abschreckung Russlands statt auf Raketenschild**

Trotz des Ausbaus ihres umstrittenen Raketenschildes setzen die Vereinigten Staaten nach Angaben aus dem Weißen Haus weiter auf die atomare Abschreckung Russlands und China. Die USA wollen im Gegenüberstehen mit Russland und China mehr auf die atomare Abschreckung setzen als auf den Ausbau ihres globalen Raketenabwehrsystems, wie ein Sprecher des Weißen Hauses mitteilte.

Er bestätigte die Informationen, laut denen Präsident Donald Trump am Donnerstag im Pentagon einen neuen Bericht zur Raketenabwehr vorstellen wird. Das letzte derartige Dokument war von der US-Regierung im Jahr 2010 publik gemacht worden.

„Was Russland und China betrifft, so besitzen sie ein großes und modernes Arsenal (an Raketenwaffen – Anm. d. Red.). Wir verlassen uns auf unsere Zügelung, um Russland und China in dieser Sphäre einzudämmen“, sagte der Staatsbeamte.

Danach befragt, ob damit die atomare Abschreckung oder die Eindämmung mittels einer Erweiterung des globalen Raketenabwehrsystems gemeint sei, sagte der Vertreter des Weißen Hauses, dass „die USA nach wie vor auf die atomare Abschreckung setzen“.

Auf die mögliche Besorgnis Russlands und Chinas bezüglich der US-Politik in der Raketenabwehrsphäre eingehend, hob der Beamte hervor, Trump hoffe, diese Besorgnis unter anderem durch gute Beziehungen zu den Staatschefs abzubauen.

„Er (Trump – Anm. d. Red.) glaubt an gute Beziehungen zu den Präsidenten dieser Länder. Unsere Verteidigungsmöglichkeiten sind defensiv. Die USA sind sehr transparent im Bereich der Entwicklung ihres Raketenabwehrsystems, vor wem es schützen soll. Unser Raketenabwehrsystem ist gegen die Bedrohungen seitens der Schurkenstaaten gerichtet“, so der Vertreter des Weißen Hauses.

Die USA waren bereits im Jahr 2002 aus dem Vertrag über die Begrenzung von antiballistischen Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag) ausgestiegen. Seitdem entwickelt das amerikanische Militär ein globales Raketenabwehrsystem, unter anderen nahe der russischen Grenzen in Polen und Rumänien, aber ebenso die seegestützte Komponente dieses Systems.

Russland begann daraufhin mit der Entwicklung von Waffensystemen, die ein beliebiges Raketenabwehrsystem nutzlos machen sollen. Präsident Wladimir Putin hatte am 1. März 2018 in seiner Rede zur Lage der Nation vor der Föderalen Versammlung über neueste Arten strategischer Waffen berichtet, darunter über die Hyperschall-Raketensysteme „Kinschal“ (dt. „Dolch“), „Avangard“, „Burewestnik“ (dt. „Sturmvogel“), über den Kampf激光器 „Pereswet“ und ebenso über die atomgetriebene Untersee-Drohne „Poseidon“.

Die USA wollen laut Pressemeldungen am 2. Februar mit ihrem Ausstieg aus dem wichtigen INF-Vertrag über das Verbot von Kurz- und Mittelstreckenraketen beginnen, den Präsident Trump am 20. Oktober 2018 angekündigt hatte.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 16. Januar 3:00 bis 17. Januar 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 12.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse. Es handelt sich ausschließlich um Beschüsse mit Schusswaffen mit einem Kaliber unter 12,7mm; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Oserjanowka, Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Shabitschewo,

Wasiljewka, Alexandrowka, Dokutschajewsk, Leninskoje, Sachanka.

In der Folge eines Beschusses von Seiten der BFU auf Shabitschewo geriet ein Haus in der Seljonaja-Straße in Brand.

Opfer unter den friedlichen Bürgern wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 151.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

Ab 01:01 am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: **9M729-Rakete doch unterhalb verbotener Reichweite? Moskau sieht USA in Erklärungsnot**

Im Streit um die angebliche Verletzung des INF-Vertrags fordert Russland von den USA, ihre Vorwürfe mit konkreten Fakten zu untermauern. Die von Washington in die Welt gesetzte Darstellung, dass die russische Rakete 9M729 diesen wichtigen Abrüstungsvertrag verletzt, weist Moskau als aus der Luft gegriffen zurück.

Die USA haben laut Russlands Vizeaußenminister Sergej Rjabkow bisher nicht näher erläutert, weshalb sie der Meinung seien, dass die Rakete 9M729 gegen den INF-Vertrag über das Verbot von Raketen und Marschflugkörpern mit kürzerer und mittlerer Reichweite verstößt.

„Wir erfüllen den Vertrag in vollem Umfang, ohne Ausnahmen, ohne Abweichungen von den Forderungen, unser System 9M729 ist nie auf eine durch den Vertrag verbotene Reichweite getestet worden“, sagte Rjabkow am Donnerstag.

„Wir sehen keine anderen Gründe, aus denen die USA uns Beanstandungen in Bezug auf den Vertrag unterbreiten könnten, und konkret zu diesem System erwiesen sie sich als unfähig, uns eine sachliche konkrete Information darüber zur Verfügung zu stellen, weshalb sie schlussfolgern, dass diese Rakete nicht den Forderungen des Vertrags entspricht.“

Die Vizeaußenministerin der USA für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit, Andrea Thompson, hatte zuvor erklärt, dass die USA ihre Verpflichtungen zum INF-Vertrag zur erklärten Frist im Februar aussetzen, sollte Russland keine Beweise für dessen Befolgung vorlegen.

Ihrer Behauptung zufolge geht es um eine kontrollierbare Zerstörung der Raketen 9M729 (Nato-Code SSC-9), zu der die USA Fragen haben. Nach russischen Angaben hat die Reichweite der Rakete 9M729 bei Testflügen 476 Kilometer betragen, was durchaus im zulässigen Rahmen von 500 Kilometern liegt, den die Bedingungen des INF-Vertrages vorschreiben.

Bei dem jüngsten Treffen mit den USA zum INF-Vertrag in Genf haben russische Vertreter sich zur Transparenz hinsichtlich der Rakete 9M729 bereit erklärt, aber Washington müsse seinerseits Russlands Besorgnisse in Betracht ziehen. Das betreffe auch den Einsatz von Raketenzielen und Kampf-Drohnen sowie die mögliche Anwendung der universellen Abschussanlagen MK41 in Europa für den Start von nicht nur Abfangraketen, sondern auch Marschflugkörpern.

In den letzten Jahren werfen Moskau und Washington einander regelmäßig vor, gegen den INF-Vertrag zu verstoßen. Dieser 1987 zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion geschlossene Abrüstungspakt sieht die Abschaffung aller bodengestützten, nuklear bestückbaren Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometer vor.

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik erklärte, dass die Regierung der Republik die Arbeit zur Erhöhung der Arbeitssicherheit in den Unternehmen fortsetzen wird. „Die Wichtigkeit der Fragen des Erhalts von Leben und Gesundheit der Arbeiter der Unternehmen der LVR, die Einhaltung ihrer verfassungsmäßigen Rechte setze ich als einer der vorrangigen Gebiete meiner Tätigkeit fest“, sagte er.

„Im Vergleich mit dem letzten Jahr wurde die Zahl der Arbeitsunfälle in den Organisationen und Einrichtungen und auch in den Unternehmen der Kohlebranche der LVR um mehr als ein Viertel gesenkt. Dies ist eine positive Dynamik. Aber das Ergebnis ist noch nicht ausreichend. Wir werden die Arbeit zur Erhöhung der Arbeitssicherheit in den Unternehmen fortsetzen“, unterstrich Pasetschnik.

Zuvor hatte Pasetschnik mit einem Erlass den staatlichen Dienst für Bergbauaufsicht und Produktionssicherheit sich unmittelbar unterstellt.

Der Leiter der Abteilung für Organisation der Aufsicht und Erfassung der Verletzungen des staatlichen Dienstes, der staatliche Inspektor für Produktionssicherheit und Arbeitsschutz Igor Ryshow teilte mit, dass die Zahl der Todesfälle in der Produktion in der LVR im Jahr 2018 um 58% zurückgegangen sind.

de.sputniknews.com: **Geheimdienstchef: Briten vernichten Indizien im Fall Skripal**

Im Streit um den angeblichen Giftgasanschlag im britischen Salisbury wirft Sergej Naryschkin den britischen Behörden vor, Tatbeweise zu vernichten. Die angeblich geplanten EU-Sanktionen gegen russische Bürger hält der Direktor des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR für eine „schmutzige Provokation“.

„Schmutzig, weil die (britischen – Red.) Behörden die Spuren des begangenen Verbrechens verwischen und Indizien vernichten“, kommentierte Naryschkin am Donnerstag. „Mehr noch: Wo sind unsere Bürger Julia Skripal und ihr Vater? Warum werden sie versteckt?“ Medienberichten zufolge wollen die EU-Außenminister am Montag Sanktionen gegen vier mutmaßliche russische Geheimdienstler beschließen. Unter ihnen sind auch Alexander Petrow und Ruslan Boschirow, die die britischen Behörden als Hauptverdächtige des angeblichen Giftanschlags auf den früheren russisch-britischen Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia bezeichnen.

Sergej und Julia Skripal, die am 4. März vergangenen Jahres unweit des geheimen Militärlabors Porton Down bewusstlos aufgefunden wurden, waren nach Darstellung der britischen Regierung mit dem tödlichen Giftstoff A234, im Westen unter dem russischen Namen Nowitschok bekannt, vergiftet worden. Ihre schnelle Genesung halten Experten jedoch für überraschend.

Die britische Regierung machte umgehend Russland für das mutmaßliche Attentat verantwortlich. Russland weist diesen Vorwurf von sich und fordert eine unabhängige Aufklärung. Die britische Premierministerin Theresa May ließ 23 russische Diplomaten auweisen. Aus „Solidarität“ mit London wiesen auch die USA, Deutschland und viele weitere EU-Staaten Dutzenden russischen Diplomaten die Tür.

Als Reaktion wies auch Moskau westliche Diplomaten aus. Anfang September hat die britische Polizei Bilder von zwei Verdächtigen veröffentlicht. Bei ihnen soll es sich um Mitarbeiter des russischen Militär-Nachrichtendienstes GRU handeln.

Am 5. September hat die britische Staatsanwaltschaft gegen Alexander Petrow und Ruslan Boschirow Anklage erhoben. Nach russischen Angaben haben die beiden nie beim GRU gearbeitet.

ukrinform.ua: **Ausfuhrverbot für Holz: EU schlägt Konsultationen vor**

Die Europäische Union hat offiziell vorgeschlagen, die bilateralen Konsultationen mit der Ukraine im Rahmen der Regelung des Handelsstreites bezüglich der Verbots für Holzausfuhr

fortzusetzen. Diese Konsultationen sind im Assoziierungsabkommen Ukraine-EU vorgesehen. Dies geht aus der Mitteilung auf der Webseite der EU-Kommission hervor.

"Die EU ist der Meinung, dass die langfristigen Handelsbeschränkungen, die von der Ukraine eingeführt worden sind, die Handelsbestimmungen des Assoziierungsabkommens Ukraine-EU verletzen, das jede Formen der Ausfuhrbeschränkungen verbietet", heißt es in der Mitteilung.

Die EU-Kommission macht deutlich: Ungeachtet dessen, dass die EU die gesetzlichen Maßnahmen mancher Staaten für den Schutz der Wälder und den Kampf gegen die illegale Abholzung entschlossen unterstütze, erkläre die Union ständig, das von der Ukraine verhängte Ausfuhrverbot könne als eine sachgemäße oder wirksame Maßnahme zur Erreichung dieses Ziels nicht gelten. Darüber hinaus schlage die EU vor, die Zusammenarbeit bezüglich der Erhaltung des Waldes und des entsprechenden Managements fortzusetzen.

"Die EU erhofft, dass das Problem während der bilateralen Konsultationen erfolgreich gelöst werden kann", heißt es im Dokument.

Das Ausfuhrverbot für Rundholz gilt in der Ukraine seit dem Jahr 2015.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Keine Delegation, keine Mitgliedsbeiträge: Russland klammert Europarat aus**

Die Staatsduma (Unterhaus des russischen Parlaments) wird auch in diesem Jahr keine Delegation zur Parlamentarischen Versammlung (PACE) des Europarats schicken. Zudem wird Russland keine Mitgliedsbeiträge für den Europarat zahlen. Dies ist einer am Mittwoch veröffentlichten Erklärung des russischen Parlaments zu entnehmen.

„In der gegenwärtigen Situation sieht die Staatsduma keinen Grund für die Rückkehr der russischen Delegation in die PACE und die Wiederaufnahme der Beitragszahlungen der Russischen Föderation in den Haushalt des Europarates“, heißt es in der Erklärung.

Diese Entscheidung sei „im Interesse unserer Bürger und des russischen Staates getroffen worden“.

Zuvor am Mittwoch hatte der Vorsitzende der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, erklärt, dass Russland keinen Grund habe, seine Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats zu schicken; es sehe „keine Gründe dafür, in den Europarat zurückzukehren“.

„Wir halten es auch für richtig, in diesem Jahr keinen Mitgliedsbeitrag an den Europarat zu zahlen, weil unsere Delegation keine Möglichkeit hat, vollständig präsent (in der PACE – Anm. d. Red.) zu sein und die Interessen unserer Bürger umfassend zu vertreten“, sagte Wolodin weiter.

Die Parlamentarische Versammlung „ignoriert die Prinzipien der Tätigkeit der parlamentarischen Strukturen“, indem sie ermöglicht, den nationalen Delegationen das Stimmrecht zu entziehen, so der Vorsitzende der Staatsduma.

Seit 2017 zahlt Russland keine Beiträge im Europarat mehr. Moskau hatte auf die Zahlungen verzichtet, nachdem die parlamentarische Versammlung des Europarats vor dem Hintergrund der Ereignisse auf der Halbinsel Krim, die im Westen als „Annexion“ bewertet werden, der russischen Delegation das Stimmrecht entzogen hatte.

lug-info.com: **Eine Fotoausstellung „Kinder des Donbass“ wurde heute in der Hauptstadt Serbiens, Belgrad, mit Unterstützung der Gewerkschaftsföderation der LVR eröffnet.**

Dies teilte einer der Organisatoren, das Mitglied des Präsidiums der Gewerkschaftsföderation

der LVR Andrej Kotschetow mit.

Bei der Ausstellung werden Arbeiten der Fotokorrespondenten aus der DVR Irina Laschkewitsch und Dena Lewi vorgestellt.

„Etwa vor einem Jahr erhielt ich Informationen über die Ausstellung „Schau in die Augen des Donbass“ von Laschkewitsch und Lew“, berichtete Kotschetow. „Dies sind 70 Schwarzweißporträts von Kindern, die ständig in der Beschusszone leben. Irina (Laschkewitsch) sagte, dass diese Kinder sofort sichtbar sind. So wurde klar, dass diese Ausstellung auf der ganzen Welt gezeigt werden muss“.

Der Gewerkschafter traf sich mit Irina und erhielt ihre Zustimmung. Danach erhielten alle ausländischen Partner der Gewerkschaftsföderation der LVR die Information über die Ausstellung.

„Als erste meldeten sich unsere Freunde aus Griechenland. Aber sie hatten sehr wenig Zeit für die Vorbereitung der Ausstellung, deshalb haben sie nicht die Hauptbedingung der Autorin erfüllt: alle Fotos müssen im A3-Format ausgedruckt werden. Und im letzten Sommer haben unsere serbischen Partner angeboten, die vollwertige Ausstellung in einer Kunstgalerie in Belgrad zu organisieren“, informierte Kotschetow.

„„Kinder des Donbass“ in Belgrad. Sie erzählen allen mit ihren Augen über den Krieg. Nur in diesen Augen ist die Wahrheit. In der Ausstellung wird unsere Film „Separy“ gezeigt“, teilte Laschkewitsch auf ihrer Seite in Facebook mit und kündigte die Ausstellung mit den Worten: „Unsere Kinder schauen den Serben in die Augen“ an.

Die Ausstellung vom vom 16. Januar bis 31. Januar in Belgrad zu sehen sein. Dann wird sie in der Gemeinde Obrenowaz im Kreis Belgrad gezeigt werden.

„Die weitere Route der Ausstellung ist noch offen, aber damit befassen sich unsere Kollegen und es wird auf jeden Fall ein Ergebnis geben. Wir führen Gespräche mit Italien, Deutschland, Ungarn und Irland über die Ausstellung“, erläuterte Kotschetow.

Außerdem wird anhand der Materialien der Ausstellung ein Fotobuch erarbeitet, dass vermutlich im März 2019 erscheinen wird.



http://img.lug-info.com/cache/c/e/50129008_914012812281485_4998266747610988544_n.jpg/w620h420.j

de.sputniknews.com: **Mehr als 2,5 Milliarden Dollar: Naftogaz verkündet Sperrung von Gazprom-Aktiva**

Naftogaz hat laut dem Chef des ukrainischen Gasversorgers, Andrej Kobolew, die Sperrung der Auslandsaktiva des russischen Gaskonzerns Gazprom für eine Summe erlangt, die die ihm von der Stockholmer Arbitrage zugesprochenen 2,56 Milliarden Dollar übersteigt.

„Wir haben bereits begonnen, diese (Mittel – Anm. d. Red.) zu bekommen: Wir buchen die Überschussmittel ab, die uns Gazprom für den Transit überführt hatte. Zum zweiten haben wir rechtliche Prozesse bereits in etwa sechs Zuständigkeitsbereichen initiiert. In drei von ihnen – in Holland, der Schweiz und Großbritannien – werden wir Anhörungen zum Zwangsverkauf abhalten. Dort sind die Aktiva bereits gesperrt worden“, führt die Agentur Unian die Äußerungen von Kobolew aus seinem Interview mit der Zeitschrift „Nowoje wremja strany“ (zu dt.: Neue Zeit des Landes) an.

Er betonte, dass er diesen Prozess „sehr optimistisch“ betrachte.

„Gazprom besitzt im Ausland Vermögen für Dutzende Milliarden Dollar. Wir hatten es bereits für eine Summe gesperrt, die den Umfang der Schuld von Gazprom uns gegenüber übersteigt. Ich denke, dies kann während eines Jahres real erfüllt werden“, ergänzte der Naftogaz-Chef.

Gasstreit

Im Dezember 2017 und im Februar 2018 hatte die Stockholmer Arbitrage eine Entscheidung im Gas-Streit zwischen Gazprom und Naftogaz hinsichtlich der Verträge für die Lieferung und den Transit getroffen und das russische Unternehmen letztendlich dazu verpflichtet, an das ukrainische 2,56 Milliarden Dollar auszuzahlen.

Gazprom hatte die Entscheidung angefochten, die Ukraine startete jedoch Versuche, diese Mittel zwangsmäßig einzuziehen.

Im September hatte das Berufungsgericht Schwedens seine Verordnung rückgängig gemacht, die die Versuche von Naftogaz blockierte, die Aktiva des russischen Partners zu sperren.

Gazprom beabsichtigt, eine Revision dieser Entscheidung zu erzielen und die Sicherungsmaßnahmen zu den Forderungen von Naftogaz in der Schweiz, in Großbritannien und den Niederlanden anzufechten.

Darüber hinaus initiierte Naftogaz im Jahr 2018 eine neue Gerichtsverhandlung, in deren Rahmen das Unternehmen von Gazprom die Revision der Tarife für den Gastransit in den Jahren 2018-2019 und eine zusätzliche Entschädigung für „Zahlungsrückstände“ in Höhe von etwa 11,6 Milliarden Dollar verlangt.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben das Feuer auf den westlichen Rand von Gorlowka eröffnet. Dies teilte der Pressedienst des Kommunikationsministeriums mit.

„In Gorlowka in Glubokaja (Siedlung des Gagarin-Bergwerks) ist ein Beschuss. Die Postmitarbeiter sind in den Schutzräumen“, heißt es in der Mitteilung.

Das Ministerium erläuterte, dass sich eine Postfiliale unter Beschuss befindet.

de.sputniknews.com: **Putin: Anders als der Westen, stellen wir Serbien nicht vor die Wahl**

Der russische Präsident Wladimir Putin ist am Donnerstag zu einem eintägigen Besuch in Serbien eingetroffen. In einem Interview am Vortag versicherte Putin, dass Russland Belgrads Wunsch auf die EU-Mitgliedschaft respektiere.

„Anders als unsere westlichen Partner, versuchen wir nicht, Belgrad ein künstliches Dilemma aufzuzwingen und Serbien vor die Wahl zu stellen, ob es mit Russland oder mit der Europäischen Union gehen will“, sagte Putin gegenüber der serbischen Zeitung „Vecernje Novosti“. Das vollständige Interview wurde auf der Webseite des Kremls veröffentlicht.

In der heutigen Welt gehe der Zusammenschluss von Staaten und die Bildung von Allianzen

dynamisch voran. Daraus entstehen laut Putin vielversprechende Strukturen:

„Wir sind deshalb davon überzeugt, dass weder Serbiens Bestrebungen für eine Integration in Europa noch Russlands Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion unsere beiden Länder daran hindert, ihre vielfältige Zusammenarbeit zu verstärken.“

Putin betonte weiter, dass Russland „viele Freunde auf dem Balkan“ habe. Serbien nehme jedoch als strategischer Partner „eine besondere Stellung“ ein.

Die Vorwürfe der westlichen Politiker, die Russland als „destabilisierenden Faktor“ auf dem Balkan bezeichnen, wies der russische Staatschef zurück: Ein ernsthafter Faktor der Destabilisierung in der Region seien dagegen die USA und einige westliche Staaten. Putin erinnerte in diesem Zusammenhang an die Nato-Bombenangriffe auf Jugoslawien ohne UN-Mandat im Jahr 1999 und an die Aufnahme Montenegros in die nordatlantische Militärallianz – „trotz der Haltung der Hälfte der Bevölkerung“. Dabei hätten die Behörden des Balkan-Staates kein ernsthaftes Referendum riskiert.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32362/75/323627587.jpg>

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 17.01.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 12 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von **acht Ortschaften der Republik beschossen.**

In Richtung Donezk wurden von den Positionen der 28. mechanisierten, der 5. Panzergrenadier- und der 128. Gebirgsturmbrigade aus auf Befehl der Kriegsverbrecher Martschenko, Mischantschuk und Sobko **Shabitschewo und das Gebiet des Donezker Flughafens** beschossen und sechs Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem wurden die Gebiete von **Wasiljewka, Alexandrowka und Dokutschajewsk** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In Richtung Gorlowka haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Drapatyj mit Schusswaffen, darunter großkalibrigen, das Gebiet von **Oserjanowka** beschossen.

In Richtung Mariupol haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Leninskoje** mit einem 120mm-Mörser beschossen und vier Mörsergeschosse abgeschossen, außerdem haben sie **Sachanka** mit Schützenpanzern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Gestern entstand in der Folge eines zielgerichteten Beschusses durch die Kämpfer der 57. Panzergrenadierbrigade ein Brand an einem Haus in Shabitschewo in der Seljonaja-Straße. Informationen über Verletzte werden noch ermittelt.

Die ukrainische militärisch-politische Führung kann wie zuvor nicht ohne die Hilfe ihrer westlichen Herren auskommen. Trotz alle Erklärungen Poroschenkos, dass er die stärkste Armee Europas hat, bemerken wir häufig Fälle von Unprofessionalität unter den Kämpfern der BFU. Im Zusammenhang damit hat Poroschenko ein weiteres Mal **bei den USA Kurse zur Erhöhung der Qualifikation für seine „Krieger des Lichts“ angefragt**. Es ist geplant, die Übungen auf Basis von Trainingszentren der USA in Europa, in Filseck (Deutschland), durchzuführen. Im Rahmen dieser Maßnahmen für die BFU sind mehr als zehn Kurse zu verschiedenen Fachrichtungen geplant. Nach Abschluss dieser Kurse wird das ausgebildete „Kanonenfutter“ sofort in die Zone der Operation der Besatzungskräfte geschickt werden, um verbrecherische Befehle auszuführen.

Die Personalausstattung der ukrainischen bewaffneten Formationen in der Zone der Operation der Besatzungskräfte sinkt weiter ab. In der 128., 57. und 58. Brigade beträgt die Anwesenheit von Kämpfern im Frontgebiet nicht mehr als 50% der vorgesehenen Zahl. Dies hängt in erster Linie mit dem Unwillen der Soldaten zusammen, sich an dem Konflikt im Donbass zu beteiligen.

Außerdem wird dies durch eine Reihe anderer Ursachen befördert. Wie etwa das hohe Niveau der krankheitsbedingten Verluste, Verletzungen in der Folge nicht ordnungsgemäßer Beziehungen und unvorsichtigem Umgang mit der Waffe. Die Fälle von Desertion haben zugenommen, weil vier Monate lang keine Zuschläge für den Aufenthalt im Frontbereich gezahlt wurden.

In dieser Situation haben die Kommandeure der 128., 57. und 58. Brigade einen Ausweg mit finanziellem Nutzen für sich selbst gefunden. Die Fälle von Desertion werden nicht sofort dokumentiert. Lange Zeit werden die Deserteure formal an der Front geführt und die für sie vorgesehenen finanziellen Mittel eignen sich die Kommandeure an.

Für die Kommandeure dieser Brigaden Sobko, Mischantschuk und Drapatyj ist dies eine der hauptsächlichsten inoffiziellen Einnahmen.

Die ihnen unterstellten Kommandeure von Einheiten, in denen die „toten Seelen“ erfasst sind, erhalten monatlich keine geringen „Provisionen“.

Außerdem wird in der letzten Zeit breit die Praxis einer automatischen Verlängerung von auslaufenden Verträgen ohne Zustimmung der Soldaten, die Aufgaben in der Nähe der Kontaktlinie erfüllen, angewendet. Im Ergebnis sind die ukrainischen Kämpfer unter Androhung von strafrechtlicher Verfolgung gezwungen, weiter in den Schützengräben zu sitzen, statt nach Ablauf des Vertrags nach Hause zu fahren.

ukrinform.ua: **Gesetz betreffs Übergangs der Glaubensgemeinden verabschiedet**

Die Werchowna Rada verabschiedete das Gesetz "Über die Eintragung der Änderungen an einigen Gesetzen der Ukraine (betreffs des Unterstellungsverhältnisses von Glaubensorganisationen und der Prozedur der staatlichen Registrierung mit dem Status einer juristischen Person) ".

Für diese Gesetzesvorlage stimmten 229 Parlamentsabgeordnete. Nötig wären 226 Stimmen, teilt ein Ukrinform-Korrespondent mit.

Das Gesetz legt fest, dass der Beschluss über die Änderungen und die Ergänzungen am Statut in der Hauptversammlung der Glaubensgemeinde und mindestens mit Zwei-Drittel-Mehrheit getroffen werde.

Danach soll dieser Beschluss gemäß der Gesetzgebung registriert werden.

Ein Teil der Gemeinde, die mit dem Beschluss über die Änderung des

Unterstellungsverhältnisses nicht einverstanden ist, darf eine neue Gemeinde gründen und einen Vertrag über die Ausnutzung des Gebetshauses und des Vermögens mit deren Inhaber

oder Nutzer abschließen.

Das Gesetz tritt am nächsten Tag nach dessen Veröffentlichung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Facebook sponsert antirussische „Integrity Initiative“ mit 100.000 Pfund**

Das britische Geheimprogramm „Integrity Initiative“, das weltweit antirussische Kräfte bündeln soll, wird nicht nur vom britischen Außenministerium und der Nato finanziert. Wie geleakte Dokumente belegen, ist einer der Hauptsponsoren des Propagandaprogramms das soziale Netzwerk Facebook.

Das von Großbritannien initiierte Geheimprojekt „Integrity Initiative“ soll gezielt in ganz Europa einflussreiche Persönlichkeiten und Journalisten gewinnen, um anti-russische Propaganda zu verbreiten. Offiziell geht es dabei um den Kampf gegen russische Desinformation. Die Ausrichtung der bisherigen Arbeit und die Auswahl der Mitarbeiter legen jedoch nahe, dass es eher darum geht, antirussische Standpunkte zu verbreiten und letzte objektive oder gar prorussische Stimmen in Medien, Wissenschaft und Politik zu verdrängen. Die Operation „Integrity Initiative“ hat einen gehörigen Dämpfer erfahren, als die Hackergruppe Anonymous Ende vergangenen Jahres umfangreiche interne Dokumente des britischen Datenprojekts online stellte. Detailliert wird aufgeführt, wie sich die Initiative finanziert, wie weit die Bildung regionaler Cluster in verschiedenen Ländern vorangeschritten ist und wie die ideologische Ausrichtung der Arbeit aussieht.

Einer Gruppe von britischen Forschern unter Leitung des Journalistik-Professor Piers Robinson ist es zu verdanken, dass die geleakten Dokumenten nun erstmals grob kategorisiert und analysiert wurden. Hier finden Sie auf Englisch eine Übersicht über die internen Berichte der „Integrity Initiative“.

Litauisches Verteidigungsministerium unterstützt Propagandaprogramm

Eines dieser Dokumente schlüsselt detailliert die Finanzierung der „Integrity Initiative“ auf. Das aktuelle Jahresbudget des Programms beträgt in etwa 2,6 Millionen Britische Pfund, was knapp drei Millionen Euro entspricht. Während der Großteil der Finanzierung vom Außenministerium des Vereinigten Königreichs kommt, wird ein Teil der Kosten von der Nato, dem US-Außenministerium und anderen Partnern wie obskurer Weise dem litauischen Verteidigungsministerium getragen. Es dürfte einzigartig sein, dass ein osteuropäisches Ministerium eine Einrichtung in Westeuropa sponsert. Angesichts der litauischen Paranoia vor russischer Einmischung ist dies allerdings auch wieder nicht überraschend.

Facebook gibt 100.000 Pfund für „Forschung und Bildung“

Auch nur auf den ersten Blick überraschend ist, dass das soziale Netzwerk Facebook dieses antirussische Geheimprojekt unterstützt.

Laut dem Finanzierungsantrag der „Integrity Initiative“ an das britische Außenministerium unterstützt Facebook die Initiative allein im Geschäftsjahr 2018/19 mit 100.000 Pfund Sterling. Als Finanzierungsziel wird „Forschung und Bildung“ angegeben. Gemeint ist wahrscheinlich die Untersuchung der Aktivitäten russischer Teilnehmer auf Facebook. Das soziale Netzwerk war im Zuge der Untersuchungen zu einem möglichen russischen Einfluss auf die US-Präsidentchaftswahlen 2016 unter Druck geraten. Möglicherweise will sich das global erfolgreiche Social-Media-Network nun durch Kooperationen mit entsprechenden antirussischen Initiativen „reinwaschen“.

Facebook freiwillig in der antirussischen Zange

Gerade wurde bekannt, dass Facebook auch eng mit dem amerikanischen Think Tank „Atlantic Council“ zusammenarbeitet. Auf Grundlage von Untersuchungen des „Digital Forensic Research Lab“, einer digitalen Analyseabteilung von „Atlantic Council“, hat Facebook am 17. Januar 289 Facebook-Seiten und 75 Accounts im postsowjetischen Raum, in Armenien, Georgien oder den Baltischen Staaten gesperrt, mit der Begründung, dass diese übergebührend auf Artikel der Medienagentur Sputniknews verweisen würden. Sputnik ist in

31 Sprachen in vielen Ländern vertreten.

Die „Integrity Initiative“ verkündet wiederum in einem der geleakten Dokumente stolz, dass sie selbst eine „forensische Plattform zum Verfolgen russischen Einflusses“ eingerichtet hätten, die schneller reagieren kann als das „Digital Forensic Research Lab“ von „Atlantic Council“.

Damit schließt sich der Kreis und Facebook begibt sich bereitwillig in dessen Mitte. Die Anweisungen des „Atlantic Councils“ zur Löschung der Seiten von Sputnik-Fans befolgen sie bereits, und in die antirussische Forschung der „Integrity Initiative“ investieren sie.

V. 160104

Cost What is the TOTAL cost of the Project Please detail the cost to the FCO and, if relevant the cost to co-funders If relevant, please provide costs for future Financial years. Please note, the cannot guarantee funding for future years. Project funds are paid quarterly in arrears.	FY 18/19	£		
	Cost to FCO	£	Cost to Co-funders	£
	FY 19/20	N/A		
	Cost to FCO		Cost to Co-funders	£
Co-Funding Has funding for this project been sought from other donors (EU, DfID, other countries), Private institutions or the host government? If Yes, please provide details including source and amount. If No, why not, and were options for doing so explored?	Funding from HQ NATO Public Diplomacy, £12,000 for each inaugural workshop = £168,000 Funding from partner institutions £5,000 for each inaugural workshop = £70,000 Funding from NATO HQ for educational video films – free provision of camera team Funding from Lithuanian MOD to provide free all costs for their stratcom team for a monthly trip to support a new hub/cluster creation and to educate cluster leaders and key people in Vilnius in infowar techniques = £20,000 Funding from US State Dept, £250,000 for research and dissemination activities (excluding any activity in USA) Funding from Smith Richardson Foundation, £45,000 for cluster activities in Europe and USA Funding from Facebook, £100,000 for research and education activities Funding from German business community, £25,000 for research and dissemination in EU countries			
Timing	Planned start date:	01 04 2018	Planned completion date:	31 03 2019
PLEASE ATTACH A FULL ACTIVITY BASED BUDGET (in Excel). Proposals without an activity based budget will not be considered The Activity Based Budget must match the activities and timings set out below				
Will the Implementing Partner be sub-contracting any other agencies to carry out elements of the project activities? If Yes,	No			

4

<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32362/72/323627294.jpg>

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt und hat eine **Tendenz zur Verschärfung**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feueereinstellung **fünfmal** verletzt. Von den Positionen der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch das Gebiet von **Shelobok** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, des Verbrechers Majstrenko, wurde das Gebiet von **Solotoje-5** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Tatus wurden die Gebiete von **Logwinowo, Wesjologorowka und Losowoje** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schützenpanzerwaffen beschossen.

Nach Informationen von unseren Quellen in den Verbänden und Truppenteilen in der OOS-Zone geht die Hepatitis-A-Epidemie weiter.

Die gefährlichste Situation besteht in den Einheiten der 54. mechanisierten Brigade, wo 78 Personen erkrankt sind. Nach einer Erklärung des Leiters der militärmedizinischen

Hauptabteilung der ukrainischen Streitkräfte Oberst Chemenko entstand diese Lage wegen sanitär unzureichender Lebensbedingungen der Soldaten und einer nicht richtigen Impfung der Personals.

Am 15. Januar ist eine Kommission der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ im Verantwortungsbereich der Brigade eingetroffen, um die sanitär-epidemiologische Lage zu überprüfen und die vom Brigadekommando ergriffenen Maßnahmen zur Lokalisierung der Verbreitung der Epidemie zu kontrollieren.

Wir rufen die Bürger, die in den Ortschaften leben, wo Einheiten der 54. Brigade stationiert sind, Kontakte mit Soldaten der ukrainischen Streitkräfte zu vermeiden, um eine Verbreitung der Epidemie zu verhindern.

Die Volksmiliz der LVR hält das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein. Wir auf eine Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg eingestellt, aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht auf erwidrende Gegenmaßnahmen vor.

abends:

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 17.01.19

Heute um 11:20 haben Kämpfer aus der 93. mechanisierten Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Klotschkow einen **zielgerichteten Beschuss mit Mörsern des Kalibers 82mm auf zwei zivile Fahrzeuge des Typs „BAS“**, die auf einem Platz in der Nähe der Wasiljewskaja-Pumpstation erster Ebene des Jushnodonbasskij-Wasserwerks geparkt waren, durchgeführt. Dabei haben die ukrainischen Kämpfer das Feuer mit Hilfe einer Drohne geleitet. Nur durch glücklichen Zufall wurden keine friedlichen Einwohner getötet oder verletzt.

Ich lenke besondere Aufmerksamkeit darauf, dass dieses Verbrechen nicht weit von dem Ort begangen wurde, wo am 10. Januar Kämpfer aus derselben bewaffneten ukrainischen Bande, der 93. Brigade, ein ziviles Fahrzeug mit Mitarbeitern des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ beschossen. Ich erinnere daran, dass in der Folge des Beschusses drei friedliche Einwohner verletzt wurden.

Auf das Konto der 93. Brigade geht bei den „Errungenschaften“ auf dem Kampffeld nur die „erfolgreiche“ Aufgabe des Donezker Flughafens im Jahr 2015. Seit dieser Zeit riskiert die Bande mit der Bezeichnung 93. Brigade nicht, in ein offenes Gefecht mit Einheiten der Volksmiliz der Republik einzutreten. Für den Anführer dieser, wir werden die Dinge bei ihrem Namen nennen, organisierten kriminellen Gruppierung, den Kriegsverbrecher Klotschkow, ist es üblicher gegen die friedliche Bevölkerung zu „kämpfen“. Auf ihr blutiges Konto gehen die Vernichtung eines „BelAS“-Fahrzeugs, eines Brotlieferwagens „Gasel“, von zwei Sanitätsfahrzeugen mit einem Verletzten und medizinischem Personal sowie eines Montagefahrzeugs des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“.

Klotschkow und seine Komplizen spucken offen auf alle Vereinbarungen. Die Tatsache, dass Poroschenko, Poltorak, Mushenko und Najew bis heute gegenüber Klotschkow und seinen Kämpfer keinerlei Maßnahmen ergriffen haben, ich rede nicht von einer strafrechtlichen Verfolgung, sondern wenigstens einer Disziplinarstrafe, zeugt von der vollständigen Unterstützung solcher terroristischer Methoden der Kriegsführung durch die Führung der Ukraine.

Es ist bemerkenswert, dass der heutige Beschuss von zivilen Autos wie auch ein Teil der oben genannten Vorfälle am Tag einer Verhandlungsrunde in Minsk stattfanden. Von welchem Kurs

einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass reden die ukrainischen Politiker und Generäle, wenn mit ihrem Einverständnis die militärische Aggression gegen friedliche Bürger weitergehen?

de.sputniknews.com: **Kiew will 25 Russen gegen Ukrainer austauschen**

Kiew hat sich laut Vize-Parlamentschefin Irina Geraschtschenko bereit erklärt, 25 in der Ukraine verurteilte Russen gegen in russischen Gefängnissen sitzende Ukrainer auszutauschen.

„Wir sind bereit, Ende Januar bis Anfang Februar an Russland 25 in der Ukraine verurteilte Russen im Austausch gegen in russischen Gefängnissen einsitzende ukrainische politische Häftlinge zu übergeben“, schrieb die ukrainische Vize-Parlamentschefin Irina Geraschtschenko, ihres Zeichens Vertreterin Kiews in der Kontaktgruppe für humanitäre Fragen, am Donnerstag in ihrem Facebook-Account.

Wie sie betonte, habe die Ukraine zudem ersucht, 19 ukrainische Bürger, die sich in den selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk aufhalten, gegen 70 Angehörige der Volksmiliz in ukrainischen Gefängnissen auszutauschen.

Im Osten der Ukraine schwelt seit mehr als vier Jahren ein militärischer Konflikt, der laut UN-Angaben bereits mehr als 10.000 Menschen das Leben gekostet hat. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den nationalistischen Staatsstreich in Kiew nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten.

Dan-news.info: „Einer der Gefahren, die der militärische Konflikt nach sich zieht, ist die Verminderung von Territorien. Nach Angaben der UNO beträgt die Gesamtfläche von vermintem Land im Donbass 7000 Quadratmeter. Im Jahr 2018 starben auf dem Territorium der DVR durch Detonationen von Minen fünf Kinder“, teilte der Apparat der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR mit.

de.sputniknews.com: **„Bild“ entfernt stillschweigend Nazi-Definition zu RT aus seinem Artikel**

Nach einer Welle der Empörung hat die „Bild“-Zeitung in ihrem jüngsten Artikel über den russischen Fernsehsender RT den im Dritten Reich üblichen Begriff „Feindsender“ ohne Erklärung „richtiggestellt“. Das sei eine „redaktionelle Entscheidung“ gewesen, hieß es beim Medienkonzern Axel Springer, zu dem „Bild“ gehört.

Zuvor hatte die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti Axel Springer ersucht, die Anwendung dieses Nazi-Terminus in Bezug auf den Sender RT Deutsch zu erläutern. Zwei Tage später teilte der Konzern mit, er werde den Redaktionsbeschluss nicht kommentieren. „Wir bitten um Verständnis“, hieß es.

Am 10. Januar hatte die „Bild“-Zeitung von einem immer stärker werdenden Druck in Deutschland berichtet, den „Feindsender zu sperren“. Zugleich erinnerte das Blatt daran, dass RT in den USA bereits als „ausländischer Agent“ eingestuft wurde.

Als Feindsender wurden in Nazi-Deutschland in der Regel Rundfunksender anderer Staaten bezeichnet, die das Dritte Reich nicht unterstützten beziehungsweise gegen es kämpften. Wer im Dritten Reich „Feindsender“ hörte und wer dabei erwischt oder deswegen verraten wurde, dem drohte die Todesstrafe. Das Bundesarchiv bewahrt Schilder und Plakate jener dunklen Tage in Deutschland auf, die unmissverständlich verkünden, was Deutschen drohte, sollten sie es wagen, „Feindsender“ zu hören:

„Du bist ein Verräter!

Wenn Du Feindsender hörst.

Wenn Du Feindparolen glaubst.

Wenn Du Feindnachrichten verbreitest.

Wenn Du Anweisungen des Feindes befolgst.

Wenn Du mit dem Feind paktierst.

Trägst Du auch die Maske des Biedermannes, des Menschenfreundes, Du entgehst uns nicht.

Wir packen zu, schnell und sicher und...?

Verräter gehören an den Galgen!“

Nachdem der Skandal um das Hetzen des russischen Senders mit Nazijargon ins Netz durchgesickert war, redigierte die „Bild“-Zeitung die Bezeichnung „feindlich“ in ihrem Artikel heraus. RIA Novosti liegen aber Screenshots des Originaltextes vor.

Zudem rief der Deutsche Journalistenverband die Behörden auf, RT Deutsch die Sendelizenz zu entziehen. RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan bezeichnete diese Situation als

„kollektiven Anfall von Hass gegen RT“: „Die einen ersuchen die Bundesbehörden um den Entzug der Sendelizenz für RT, die anderen – die populäre ‚Bild‘-Zeitung – bezeichnen RT als ‚Feindsender‘“, schrieb Simonjan auf Telegram.

Nebenbei erinnerte sie daran, dass während der massiven Proteste in Chemnitz vom vergangenen September „ganz zufällig ausgerechnet RT-Videos bei Youtube am meisten angeschaut wurden“.

Lug-info.com: Betrunkene Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben in der „OOS“-Zone versucht, ein Faseroptikkabel des ukrainischen Mobilfunkoperators Vodafone zu stehlen, aber konnten wegen starker Betrunkenheit ihr Vorhaben nicht abschließen. Dies teilte der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft der Republik Kirill Below mit.

Über den Vorfall berichtete ein Einwohner eines Dorfes im Bezirk Popasnaja über die Hotline der Behörde.

„Der Anrufer teilte mit, dass er am 12. Januar 2019 Zeuge wurde, wie eine Gruppe Soldaten der ukrainischen Streitkräfte mit vier Mann versuchten, ein Faseroptikkabel zu stehlen, um es dann an einem Altmetallsammelpunkt abzugeben. Aber wegen starker Trunkenheit blieb der kriminelle Plan unvollendet. In der Folge des Abrisses des Kabels wurde die Mobilfunkverbindung von Vodafone in der Region, insbesondere in der LVR unterbrochen“.

Eine Einwohnerin von Lisitschansk teilte der Generalstaatsanwaltschaft der LVR mit, dass ihr Mann an der Einfahrt nach Lisitschansk von Mitarbeitern des Polizeispezialbataillons „Ternopol“ der Nationalpolizei im Oblast Ternopol heftig geschlagen wurde. Die Frau erklärte, dass „Ursache des Konflikts eine grobe Weigerung des Betroffenen war, auf Fragen in ukrainischer Sprache zu antworten“.

„Eine folgende Anzeige mit Beschwerden über Aktivitäten der Soldaten des Bataillons hat zu keinem Ergebnis geführt. Die Polizeiführung und die Staatsanwaltschaft in Lisitschansk weitern sich kategorisch, die Anzeige der Verwandten des Betroffenen zu behandeln“, sagte Below.

de.sputniknews.com: **Donbass-Konflikt: OSZE meldet Rückgang der zivilen Opfer im Jahr 2018**

Die Zahl der Opfer im Donbass-Konflikt unter den Zivilisten hat sich im Jahr 2018 laut dem OSZE-Sonderbeauftragten für die Ukraine, Martin Sajdik, gegenüber dem Vorjahr halbiert. Bei der Einschätzung der OSZE-Tätigkeiten im vorigen Jahr verwies Sajdik darauf, dass es gelungen sei, die Zahl der zivilen Opfer um mehr als das Zweifache im Vergleich zum Jahr 2017 zu verringern.

Im Jahr 2018 sind ihm zufolge 43 Zivilisten getötet und weitere 182 verletzt worden. Im Jahr 2017 sei es 86 zivile Opfer gewesen.

Im September hatte eine OSZE-Beobachtermission in der Ukraine den Tod von mehr als 3.000 Zivilisten seit Beginn des Donbass-Konfliktes im Jahr 2014 gemeldet.